

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends. Monatsbezugspreis 0,50 Goldmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Befenbinderhof 57, 4. St.

Anzeigen: Für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 0,30 Goldmark, für Verammlungsanzeigen 0,20 Goldmark pro Zeile

Zeiterbauer

Ein neues Jahr: ein neues Haus.
Der Grund ist uns gegeben;
Auf ihm soll sich das Werk des Baus
Von unsrer Hand erheben.

Ameisen sind mir, ohne Ruh',
Gejagt vom Sturm der Sorgen.
Wir bau'n und schaffen immerzu
Das Heute und das Morgen.

O mögen Furcht und Müdigkeit
Die frohen Schaffer meiden!
Denn deine Schwäche ist mein Leid,
Und meine bringt dir Leiden.

Du bist wie ich ein Zimmermann
Der Stunden und der Tage,
Und unser Werk, es steigt heran
Mit jedem Hammerschlage.

In unserm Herzen glüht und brennt
Der Zeiten großes Werdel!
Wir bau'n auf festem Fundament:
Der brüderlichen Erde.

Wohlan denn, kräft'ger Kamerad,
Der Sieg gehört dem Bunde:
Aus der gemeinsam hellen Tat
Erbliht die gute Stunde.

Ernst Preezang

Du und der Sinn der Welt.

Gedanken zu Neujahr.

Der Neujahrstag ist der Tag des Rückblicks und des Vorwärtsschauens, des Gedenkens und des Wollens, der Erinnerung und des Glaubens. Und wenn dem einzelnen das vergangene Jahr auch noch so übel gewesen: mit neuem Hoffen geht jeder ins neue Jahr hinein. Und darum überschreiten die Menschen in froher Zuversicht diesen Meilenstein ihres Lebens, und in heiterer Stimmung beglückwünschen sie sich, wenn die Glocken das Scheiden des alten Jahres zu künden begannen. Ein neues Stück Leben soll sich vollziehen im Menschensein, besser als das gewesene.

Während die Menschen so ihre Feier des neuen Hoffens begehen, feiert die Unendlichkeit droben ihr Neujahrstfest. Die Erde hat ihren Lauf durch das All um die Sonne vollendet und mit der gleichen, ewigen Gesetzmäßigkeit haben die andern Splitter des Alls ihren Lauf als Gefährten der Sonne zurückgelegt. Und wenn sie sich draußen im Unendlichen grüßen, drängt sie die Gewißheit weiter auf ihrer Bahn. Nach ehernen Gesetzen vollzieht sich ihr Lauf, und es ist zu errechnen, wann und wo sie sich wiedersehen und wann wieder Silvestersterne herabschauen auf die Erdoberwelt.

Gesetzmäßigkeit ist der Natur ewiges Wesen. Nach ehernen Gesetzen wurde die Erde, nach ehernen Gesetzen bis zur Gegenwart. Und Organisation ist der Sinn dieses ewigen Wachstums. Entwicklung heißt organisatorisches Wachsen zur Harmonie. Nur das organisatorische Ineinander ermöglicht das Gefüge der Sterne, und je höher auf Erden der organisatorische Gedanke in die Erscheinung tritt, um so größer ist die Entwicklung, um so höher die Harmonie, um so vollendetes das Leben. Die Erde hat ihren Planlauf um die Sonne beendet; laßt uns im neuen Jahre kämpfend streben um Plan und Ordnung im Menschensein! Dann handeln wir im Sinne der heiligen Sprache der Sterne, die da heißt: Ordnung nach ewigem, ehernem, großem Gesetz.

Ordnung! Nicht Laune und Willkür! Nicht wirtschaftliche Gewalt! Nicht wirtschaftlicher Zufall! Nicht wirtschaftliche Planlosigkeit mit ihren Krisen, ihrer Arbeitslosigkeit, ihrer Not! Recht! Ordnung! Auch der Mensch soll frei gehen seine natürliche Lebensstraße, frei, und darum vereint, daß er frei sei. Wer als einzelner irrt, erfüllt nicht des Menschen Sinn. Er ist schwach. Er ist Spielzeug der Macht, Aufschale auf dem wogenden Meere des kapita-

listischen Herrtums. Er muß mit Sorgen hineingehen ins neue Jahr. Er kann schon in acht Tagen ein Opfer werden unserer noch so niederen Stufe des organisatorischen Wachstums der Geschichte, weil er nicht gehalten wird von einem Ganzen, das kämpfend Recht und Gerechtigkeit erzwingt. Der gewerkschaftliche Zusammenschluß des arbeitenden Volkes ist die schaffende Kraft am Aufbau der Welt. Du sollst als volles, berechtigtes Glied fest und sicher gefügt sein ins Leben! Das ist Verwirklichung des Naturgedankens. Das ist die ewige Ordnung im Heute. Und darum mit frohem Mute hinein ins neue Jahr zu solchem Kampfe, da solch ein Kampf um Recht in der Gemeinschaft nicht nur dein Vorteil, sondern auch der Sinn des Lebens ist.

Das Kampfsjahr 1924.

Den Gewerkschaften brachte das Jahr 1924 eine immense Arbeit. Sie hatten sich nicht nur der für ihre Mitglieder äußerst nachteiligen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftspolitik*, sondern auch der mit starker Wucht auf sie einströmenden Reaktion zu erwehren. Eine schwere Aufgabe; besonders schwer, weil die Gewerkschaften in stark geschwächter Position in das Jahr 1924 eingetreten waren. Die Inflation 1923 hatte ihre Vermögen nahezu restlos aufgezehrt. Krise, Arbeitslosigkeit und Hunger hatten ihre Mitglieder zermürbt und entmutigt. Wohl konnte durch die Einführung der Rentenmark gegen den Schluß des Jahres 1923 einer noch weiteren Entwertung des Geldes vorgebeugt werden; bei Umstellung der Löhne von der Papiermark auf die Rentenmark aber waren durchgängig wesentliche Lohnherabsetzungen erfolgt, die abzuwenden den Gewerkschaften nicht in allen Fällen möglich gewesen. Zeitweilig schien es gar, als wolle das Vertrauen der Arbeiter zu ihren Gewerkschaften wankend werden. Allmählich aber konnten sich infolge der stabilen Verhältnisse auch die Gewerkschaften finanziell erholen und in größerem Umfange ihre Aufklärungsarbeit wieder aufnehmen. Schnell war auch das Vertrauen der Mitglieder wiederhergestellt. Zwar hat der Mitgliederzuwachs in fast allen Gewerkschaften auch im Jahre 1924 noch angehalten, der gesunde Mitgliederkern ist ihnen jedoch auch über die schwerste Zeit, die sie während ihres Bestehens überhaupt durchzumachen hatten, treugeblieben.

Die geschwächte Position der Gewerkschaften machten sich auch ihre Feinde zunutze. Das Unternehmertum, das sehnsüchtig den Augenblick erwartet hatte, wo es den Ge-

werkschaften die ihm abgetroffenen Errungenschaften wieder streitig machen konnte, hielt seine Zeit für gekommen. Sein Ziel war die Beseitigung des Achtstundentages, das es unter gleichzeitigem Abbau der Löhne zu erreichen hoffte. Die Regierung kam ihm dabei durch Erlaß der Arbeitszeitverordnung, die mit dem 1. Januar 1924 in Kraft trat, zu Hilfe. Allerdings sollte auch nach der Verordnung die regelmäßige tägliche Arbeitszeit 8 Stunden nicht überschreiten; aber es waren zahlreiche Ausnahmen zugelassen, die es den Unternehmern ermöglichten den Achtstundentag faktisch aufzuheben. Von Wichtigkeit war besonders, daß die Verordnung die Kündigung aller tariflichen Arbeitszeitbestimmungen gestattete, sofern diese weniger dehnbar waren als sie selbst. Gleich zu Beginn des Jahres wurde der Angriff eröffnet. Massenkämpfe kündeten sich an. Neben dem Baugewerbe waren auch andere Berufe davon betroffen. Es sei nur erinnert an die 150 000 Arbeiter umfassende Aussperrung in der Berliner Metallindustrie im Januar, an die um die gleiche Zeit noch eben verhinderte Generalaussperrung im Buchdruckgewerbe, dem durch Schiedsspruch vom 1. Januar 1924 an die vierundfünfzigstündige Wochenarbeitszeit aufgezwungen werden sollte. Wie ernst und gefährdend die Situation damals für die Gewerkschaften war, geht aus einer Kundgebung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hervor, die zur Solidarität aufrief; sie schloß wie folgt: „Die Arbeiterbewegung wird nicht unterliegen, um so weniger, als dieser Krisenzeit wieder ein Aufschwung der Konjunktur folgen wird. Wir vertrauen auf Euch, Gewerkschaftsmitglieder. Haltet treu zu Eurer Organisation. Seid einig, einig!“

Obwohl diese Mahnung beherzigt, obwohl alle Kräfte aufgebieten wurden, dem vereinten Ansturm des Unternehmertums zu begegnen, war es doch nicht möglich, auf der ganzen Linie den Achtstundentag zu halten. Die Scharfmacher konnten leider einen nicht unerheblichen Erfolg buchen. Eine Mitte Mai 1924 auf Veranlassung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes durch dessen Ortsausschüsse veranstaltete Erhebung gibt darüber Aufschluß. Sie stellte fest, daß in sieben der wichtigsten Industrien, im Baugewerbe, im Buchdruckgewerbe, in der chemischen Industrie, im Holzgewerbe, in der Metallindustrie, in der Schuhindustrie und in der Textilindustrie im Durchschnitt in 33,5 % der erfaßten Betriebe 54,7 % der beschäftigten Personen über 48 Stunden die Woche arbeiteten. Am günstigsten stand das Baugewerbe mit 10,7 % der Betriebe und 11 % der beschäftigten Personen; am ungünstigsten die Textilindustrie mit 78,2 % der Betriebe und 82,4 % der beschäftigten Personen. Dabei waren die Scharfmacher im Baugewerbe besonders ver-

* Vergleiche Beilagetitel in Nr. 50 und 51 des „Zimmerer“.

feffen auf die Beseitigung des Achtstundentages. In Rheinland-Westfalen forderten sie die grundsätzliche Einführung des Zehnstundentages. Und nicht nur das. Die während des Winters durch die Lichtverhältnisse und während des ganzen Jahres durch Witterungseinflüsse ausfallenden Arbeitsstunden sollten im Frühjahr und Sommer eingeholt, das heißt, auf die zehnstündige Arbeitszeit draufgeschlagen werden so daß tatsächlich eine elf- und zwölfstündige Arbeitszeit herausgekommen wäre. Wobei für 10 und 11 Stunden Arbeit nicht mehr, sondern eher weniger an Lohn gezahlt werden sollte, als bis dahin für 8 Stunden.

Die baugewerblichen Arbeiterverbände haben, wie die angeführten Zahlen dartun, den Abwehrkampf gegen das Unternehmertum mit am wirksamsten zu führen vermocht. Aber auch in anderen Berufen ist es im Laufe des Jahres gelungen, den Unternehmern die erreichten Erfolge zum Teil wieder abzugeben; denn nach einer erneuten Erhebung im November 1924, die sich auf die gleichen Industrien erstreckte, arbeiteten im Durchschnitt noch 45,3 % der Beschäftigten über 48 Stunden die Woche, gegenüber 54,7 % im Mai, und zwar im Baugewerbe 10,5 %, im Buchdruckgewerbe 26,5 %, in der chemischen Industrie 38,8 %, im Holzgewerbe 18,8 %, in der Metallindustrie 53,1 %, in der Schuhindustrie 8,1 % und in der Textilindustrie 66 % der Beschäftigten. Es wird, darüber dürfte kaum ein Zweifel bestehen, der größten Anstrengung aller Gewerkschaften bedürfen, den Achtstundentag im vollen Umfange wieder herzustellen, auch dann, wenn, was bei dem Widerstand des vereinigten Unternehmertums immer noch recht fraglich erscheint (wir erinnern hier nur an den neuesten Beschluß des Industrie- und Handelslages), der neue Reichstag die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens vollziehen wird.

Weniger Erfolg als mit der Verlängerung der Arbeitszeit haben die Unternehmer mit ihren auf den Lohnabbau gerichteten Bestrebungen gehabt, wiewohl sie auch in dieser Hinsicht mit der größten Rücksichtslosigkeit vorgegangen sind. Die Löhne in Deutschland haben sich, besonders gegenüber den im Ausland, als so gering erwiesen, daß bei einem noch weiteren Abbau die Arbeiterschaft einfach dem Hunger überantwortet wäre. Aber nicht deswegen haben die Unternehmer von ihrem Vorhaben Abstand genommen, lediglich das allmähliche Wiedererstarren der Gewerkschaften, deren tatkräftiges Eintreten für auskömmliche Löhne, als einer gesunden Grundlage unserer Volkswirtschaft, hat nicht nur weitere Lohnherabsetzungen zu verhindern, sondern beachtliche Lohnsteigerungen zu erreichen vermocht; allerdings, ohne daß es gelang, das Mißverhältnis zwischen Preis und Lohn auszugleichen. So erklärt es sich, daß die Lebenshaltung der Arbeiter gegenüber der Vorkriegszeit infolge der geringen Kaufkraft des Geldes ein merklich tieferes Niveau aufweist. Diese Tatsache zwingt die Gewerkschaften, sobald die notwendigen Vorbedingungen dazu gegeben sein werden, zu einem noch energischeren Vorgehen auf diesem Gebiet.

Aber nicht nur der Achtstundentag und die nach Ansicht der Unternehmer zu hohen Löhne waren im abgelaufenen Jahre dauernd Angriffsobjekte, auch die sozialen Versicherungseinrichtungen wurden von den Unternehmern auf das heftigste berannt und die daraus sich ergebenden Lasten für die deutsche Wirtschaft als untragbar bezeichnet. Um die Öffentlichkeit für dieses arbeitfeindliche Unternehmen zu gewinnen, wurden die Aufwendungen für diese Zwecke stark übertrieben angegeben. Trotzdem mißlang dieser Täuschungsversuch. Die Unternehmer haben ihre Absicht jedoch nicht aufgegeben. Inwieweit sie Erfolg haben werden, hängt von der Gesetzgebung ab, und es erscheint zumindest sehr fraglich, ob der neue Reichstag dem Drängen der Reaktion genügenden Widerstand entgegenzusetzen wird, dazu sind in ihm leider die Arbeiterfeinde in viel zu großer Zahl vertreten. Auf alle Fälle wird im Reichstag um diese Dinge heiß gestritten werden.

Am meisten war im abgelaufenen Jahre das Baugewerbe von Kämpfen heimgesucht. Unser Zentralverband hat seinen Ruf als Kampforganisation gewahrt. Den Zeiten der Inflation und des Niederganges in dem vorausgegangenen Jahre folgte langsam eine Besserung der Arbeitsmarktlage. Dadurch wurden neue Hoffnungen rege. Der alte Kampfgeist erwachte. Das brutale Vorgehen der Unternehmer rüttelte auch die Laien auf. Geschlossen stand die Organisation in der Abwehr. So konnte sie den zu Beginn des Jahres geführten Vorstoß der Scharfmacher gegen den Achtstundentag abschlagen, im Tarifkampf ihren Mann stellen und selbst nach Ablauf des Reichsarbeitsvertrages für einigermaßen geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen Sorge tragen. Zahlreiche umfassende Kämpfe mußte sie bestehen. Nur die wichtigsten seien hier kurz angedeutet, so die um die Jahreswende erfolgte Aussperrung in Hamburg, der Kampf in Ostpreußen, die Aussperrung in Königsberg im März, die Aussperrung in Westsachsen im April, die die Zahlstellen Leipzig, Reichenbach, Zwickau, Plauen, Chemnitz usw. umfaßte. Und un-

mittelbar darauf wurden auch in Ostsachsen, in Dresden, Riesa, Freiberg, Löbau, Zittau und Neugersdorf unsere Kameraden ausgesperrt. Inzwischen war es auch in Stettin zur Arbeitseinstellung gekommen; zur selben Zeit wurden in Brandenburg (Brandenburg, Guben, Lützenwalde) sowie in Schlesien (Breslau, Hirschberg, Bunzlau, Landeshut, Dela) heftige Kämpfe geführt. Mitte April begann der Kampf in Groß-Berlin, der bis in den Juni hinein anhielt. Ebenfalls im April erfolgte eine Aussperrung in Ostfriesland mit dem Ziel einer Arbeitszeitverlängerung. Auch in Rostock und Warnemünde wurden die Kameraden ausgesperrt. Lohnwirren in der Provinz Sachsen führten am 20. April zum Streit in Magdeburg. Inzwischen war anfangs April der Kampf um Lohn und Arbeitszeit in Ostpreußen in ein neues Stadium getreten; es erfolgte die Aussperrung über die ganze Provinz. Noch war dieser Kampf nicht beendet, da setzte Mitte Mai im Unterweiser-Emsgebiet eine Aussperrung ein, nachdem kurz vorher die Unternehmer in Braunschweig zur Aussperrung geschritten waren. Ende Mai brach über Bayern die Aussperrung herein; Mecklenburg war davon schon 14 Tage früher betroffen. Teilstreiks waren die Ursache zur Aussperrung in der Provinz Hannover, die etwa 2 Monate andauerte. Der Juni brachte Streiks in Stettin und Halle, ebenfalls in Ost- und Westsachsen, besonders in Leipzig. Letzterer Kampf war besonders hartnäckig. Ebenfalls im Juni führten in Ostpreußen Lohnkürzungen zur Arbeitseinstellung und zur erneuten Aussperrung. Lohnunterschiede in Cottbus, Forst, Guben und Senftenberg hatten Arbeitseinstellungen und Aussperrung zur Folge. Im Juli mußte Hamburg eine neue Aussperrung durchmachen. Im gleichen Monat erfolgte auch in Danzig die Aussperrung, ferner im Vogtland, im Anschluß an Differenzen in Oelsnitz. Platzsperrern in Bielefeld hatten eine Aussperrung im Bezirk Westfalen-Ost und Lippe zur Folge. Im August wurde über Rheinland-Westfalen die Aussperrung verhängt. In der zweiten Augusthälfte kam es in Magdeburg erneut zur Arbeitseinstellung, ebenso im Bezirk Ostland. Auch der Friede in Ostpreußen wurde durch die Unternehmer aufs neue gestört und vom 1. Oktober an eine Milderung der Lohnklassen gefordert, was wiederum Arbeitseinstellungen in mehreren Zahlstellen auslöste. Im Oktober kam es in Cassel zum Streit, in Frankfurt a. M., Darmstadt, Mainz und Worms zur Aussperrung. Auch Oberschlesien blieb von Kämpfen nicht verschont; der bedeutendste Kampf war im November in Oppeln. Ende November wurde im Saargebiet ausgesperrt.

Das Jahr 1924 war ein Kampfsjahr für die Gewerkschaften wie selten eines. Sie haben es nicht nur überstanden, sondern sind, wie am Jahresluß festgestellt werden kann, innerlich gestärkt daraus hervorgegangen. Mit größter Zuversicht treten sie in das Jahr 1925 ein, von dem sie im voraus wissen, daß es nicht weniger reich an Kämpfen sein wird. Auch im Baugewerbe wird es, solange das Unternehmertum bei seinen bekannten Forderungen verharrt, keinen Frieden geben. Unser Zentralverband wird deshalb auf höchste Kampfbereitschaft sehen und nachdrücklich für die soziale und wirtschaftliche Besserstellung seiner Mitglieder eintreten müssen; eine Aufgabe, die auf absehbare Zeit noch im Vordergrund gewerkschaftlicher Betätigung stehen wird. In dem Maße, wie die Gewerkschaften diese Aufgabe zu erfüllen vermögen, werden ihre Mitglieder fähig und bereit, sich für die darüber hinausgehenden gewerkschaftlichen Ziele einzusetzen: für die wirtschaftliche Gleichberechtigung aller, für die wirtschaftliche Demokratie. Der Erfolg der Gewerkschaften aber ist abhängig von der Mitarbeit ihrer Mitglieder. Um auch unserm Zentralverband den größten Erfolg zu sichern, müssen alle Kameraden in der Erfüllung ihrer Organisationspflichten miteinander wettschreiten. Auch das neue Jahr soll uns in alter Treue mit frischem Mut und gesteigerter Kraft bei der Arbeit finden für unsern Zentralverband!

Weltwirtschaftliche Rundschau.

Das Ende dieses Jahres zeigt das Bild der Belebung in der Weltwirtschaft. Im ganzen betrachtet, kam man eine aufwärts gehende Konjunktur beobachten, trotz des eingetretten Winters, der in der Regel dämpfend auf die Konjunktur wirkt. Verbesserte Wirtschaftslage — größere Produktion, bessere Absatzverhältnisse, Rückgang der Arbeitslosigkeit — wurden aus den meisten Industrieländern — mit Ausnahme Oesterreichs — gemeldet. Deutschland, England, Frankreich, unter den kleineren Ländern Holland, die Schweiz, die drei skandinavischen Länder Dänemark, Schweden, Norwegen haben eine Belebung der Konjunktur zu verzeichnen. Ja, sogar Belgien, wo vor einigen Wochen noch eine Art Stabilisierungskrise herrschte — die Verantwortlichkeit des belgischen Francs verursachte Störungen der Eisen-, Stahl- und Glasindustrie — hat die Krise bereits überwunden, obwohl die belgische Valuta auch seitdem nicht gesunken ist. Die Produktion hat sich jedoch der neuen Preislage angepaßt, und auch andere Ursachen, von denen noch zu sprechen sein wird, halfen mit. In den Vereinigten Staaten hatte die Weiterentwicklung der Konjunktur — bekanntlich ist dort nach dem großen Rückschlag im Herbst die Konjunkturkurve seit Juli wieder im Steigen — durch die Präsidentschaftswahl einen neuen Aufschwung bekommen.

Coolidge ist der Schuttpatron der Hochschuttpolitik und des monopolistischen Industrie- und Finanzkapitals, das sich jetzt vollkommen geborgen fühlt und zu neuen Investitionen geschritten ist. So haben insbesondere die Eisenbahnen — sie sind dort alle in Privatbesitz — mit den bisher zurückgehaltenen Bestellungen herausgerückt — über eine Milliarden Dollar neue Bestellungen werden erteilt!

Unter den Industriezweigen, die in der letzten Zeit einen merkwürdigen Aufschwung erfahren, steht an erster und wichtigster Stelle die Eisen- und Stahlindustrie. In sämtlichen eijenerzeugenden Ländern — wieder mit Ausnahme Oesterreichs —, also in Deutschland, England, Frankreich, Belgien, Luxemburg, Schweden und den Vereinigten Staaten hat sich die Erzeugung des Roheisens und Stahls sehr beträchtlich erhöht. Seit Jahren ist dies die erste Unterbrechung einer hartnäckigen, andauernden Krise dieser Produktionszweige! Die Frage ist nur, ob die Besserung anhaltend sein wird? Es bestehen begründete Zweifel in dieser Hinsicht. Der Konjunkturaufschwung ist, abgesehen von dem in den Vereinigten Staaten, nicht die Folge natürlicher wirtschaftlicher Veränderungen. Er ist vornehmlich durch die internationalen Zoll- und Kartellverhandlungen hervorgerufen worden. Überall steht eine Erhöhung der bisherigen Eisenzölle in Sicht und die eisenverarbeitende Industrie möchte ihren Bedarf noch vor der Zollerhöhung eindenken. Noch mehr fallen aber die Vorbereitungen zur Schaffung eines internationalen Eisentariffs in die Waagschale. Nächstens wird die französische Eisenindustrie durch die Kartelle keinen Widerstand leisten: die lothringische Roheisen- und Stahlindustrie wird nicht mehr direkt an deutsche Verbraucher liefern, sondern das deutsche Roheisentariff wird bestimmte Mengen — angeblich eine ganze Million Tonnen jährlich — direkt von dem Syndikat der lothringischen Industrie abnehmen, und zwar, wie zu erwarten ist, zu den billigeren lothringischen Preisen. Es wird sie dann zu den höheren deutschen Kartellpreisen los-schlagen. Die Macht der Schwerindustrie gegenüber dem Staat wird durch das Kartell ungeheuer vermehrt. Das internationale Kartell soll über die Köpfe der Regierung hinweg zustande gekommen sein. Es wird für das neue deutsche wie für das französische Parlament keine leichte Aufgabe sein, sich hier Klarheit zu verschaffen und die einseitige Ausbeutung des Inlandes wie die Erschwerung der Ausfuhr zu verhindern.

Neben der Eisen- und Stahlindustrie nehmen auch andere Industriezweige an der Konjunkturverbesserung teil; am auffallendsten ist die Belebung der Bautätigkeit in einer Anzahl von Ländern, so in den Vereinigten Staaten, in England, und auch in Deutschland. Wird zwar in Deutschland vornehmlich aus Steuern gebaut — eine Zweitsteuer, die Mietsteuer dient hierfür —, so müssen doch, da die durch Steuern aufgegebenen Summen nicht ausreichen, auch vom Privatkapital Kredite in Anspruch genommen werden. Daß aber dies heute schon möglich ist, weist auf eine Entspannung des Geld- und Kreditmarktes hin, die in den meisten Ländern und selbst in Deutschland und Oesterreich zu verzeichnen ist. Das amerikanische Kapital beteiligt sich in wachsendem Ausmaß an der europäischen Wirtschaft. Im laufenden Jahr hat es das Vierfache in Europa angelegt als im Vorjahr, elfhundert Millionen Dollars.

In einer Anzahl von Ländern war die Befestigung der Börsenwerte zu verzeichnen. In den Vereinigten Staaten gab es sogar eine ungeheure Börsenrausche. Auch in England stiegen nach dem konservativen Wahlsieg die Börsenwerte. Es ist sehr bezeichnend für den modernen Imperialismus, daß die Aktien der Baumwollplantagen im Sudan nach der Annahme des englischen Ultimatus seitens Ägyptens mächtig gestiegen sind. Dank der Erpressung der englischen Regierung werden die Baumwollplantagen künftighin riesige Gewinne abwerfen. Die schwerindustriellen Aktien sind in Deutschland enorm gestiegen, ungeheure Gewinne konnten in einigen Tagen auf der Börse erzielt werden. Das hatte den Aktienmarkt belebt und drängte das Publikum wieder zur Börsenspekulation. Allerdings können heute nur mehr die Großen daran teilnehmen. Der letzte Börsenkrach hat den kleineren den Atem ausgeblasen. Auch in Oesterreich setzte die Befestigung des Aktienmarktes ein.

Eine Anzahl Handelsverträge sind in der letzten Zeit zustande gekommen. Der wichtigste ist der Vertrag zwischen Deutschland und England auf Grund der Meistbegünstigung (die deutsch-französischen Verhandlungen sind noch nicht beendet). Zu erwähnen sind noch die Handelsverträge zwischen Deutschland und Griechenland; für Deutschland nicht sehr vorteilhaft, aber nur für kurze Dauer abgeschlossen. Der österreichisch-tschechoslowakische Vertrag soll bald ins Leben treten. Polen hat mit Frankreich einen neuen, für Frankreich günstigen Vertrag abgeschlossen. Zwischen Frankreich und Belgien, zwischen Deutschland und der Schweiz wurden vorläufige Vereinbarungen getroffen. Was insbesondere die Schweiz anbelangt, die sich durch Einfuhrverbote gegen die deutsche Einfuhr wehrt, so werden zwar die Verbote für ein Jahr noch aufrechterhalten, sie werden aber milder als bisher gehandhabt.

Die Valuten dreier Länder, die der Schweiz, Hollands und Schwedens haben den Vorkriegsgoldwert wieder erreicht, sie stehen zum Dollar wieder in dem Verhältnis wie vor dem Krieg. Auch haben sich die französischen, belgischen, dänischen, norwegischen Valuten gebessert. In Dänemark wird jetzt die Stabilisierung der Krone geplant auf ihrem gegenwärtigen, ziemlich günstigen Stand. Die Voraussetzungen der Stabilisierung sind sämtlich sehr günstig. Gute Ernte, gesteigerte Ausfuhr der landwirtschaftlichen Produkte zu gesteigerten Preisen und eine amerikanische Anleihe.

Zum Bild der vielfach verbesserten Weltwirtschaftslage gehört die Verbesserung der Handelsbilanzen in einer großen Anzahl von Ländern, so in Frankreich, Skandinavien, Holland, der Schweiz, Oesterreich, zum Teil auch

in Deutschland. Die Verbesserung wurde in der Regel nicht durch Drosselung der Einfuhr, sondern durch Steigerung der Ausfuhr erreicht und insofern ist die Entwicklung günstig. Insbesondere konnte Oesterreich in den letzten Monaten seine Handelsbilanz auf diese Weise verbessern.

Weit ungünstiger gestaltet sich das Bild, wenn man die Lebenshaltung der Massen ins Auge faßt. Die Teuerungswelle stieg weiter an. Die belebte Konjunktur des Eisens und Stahlmarktes hatte höhere Preise zur Folge. Auch auf dem Getreidemarkt, wo nach der anhaltenden Teuerung von Juli an endlich im Oktober ein Stillstand, ja eine Entspannung einsetzte, stiegen im November die Weltmarktpreise weiter. Die Baumwolle, die infolge der guten Ernte im Preis wesentlich gesunken ist, zeigt wieder steigende Notierungen. — Die seit Monaten andauernde Preissteigerung auf dem Metallmarkt (Kupfer, Blei, Zinn, Zink) hat weiter angehalten; die Metallpreise haben eine unheimliche Höhe erklommen. Nur am Weltfrachtenmarkt stellte sich nach fieberhaften Frachterhöhungen ein Rückschlag ein. Die Teuerung wächst überall die Lebenshaltungskosten steigen, und damit die Lebensschwierigkeiten und die Unzufriedenheit der arbeitenden Massen. In einigen Ländern, Frankreich, Deutschland, Tschechoslowakei, Italien, versuchen die Regierungen durch staatliche Maßnahmen, die Teuerung zu bekämpfen. (Steuer-, Fracht-, Zollerhöhungen, in Frankreich Wucherer- und Höchstpreise); da aber die Maßnahmen nirgends durchgreifend waren, verpufften sie überall ohne Wirkung. Von einem Abbau der Teuerung ist nichts zu merken. A. H.

Internationale Nachrichten.

Vereinigung der Zimmerer-Internationale mit der Bauarbeiter-Internationale. Der Zentralvorstand hat den Anschluß unseres Verbandes an die Bauarbeiter-Internationale beschlossen. Gleichzeitig wurde das bisher von unserer Organisation verwaltete internationale Sekretariat der Zimmerer aufgehoben. Die Wahrnehmung der internationalen Interessen der Zimmerer ist damit Aufgabe der Bauarbeiter-Internationale geworden. Der Vorsitzende unseres Verbandes tritt als Berufssekretär in den Geschäftsführenden Ausschuss und den Gesamtverband der Bauarbeiter-Internationale ein.

Ueber 20 Jahre hat die internationale Verbindung der Zimmerer bestanden und war der Vorsitzende der deutschen Organisation deren Vertrauensmann. Die erste internationale Zimmererkonferenz fand 1903 in Berlin, eine zweite 1907 in Köln, die dritte 1913 in Hamburg statt. Schon auf dieser letzten Konferenz kündigten unsere österreichischen Kameraden die Vereinigung ihres Verbandes mit dem österreichischen Bauarbeiterverband und damit auch die Wahrscheinlichkeit ihres Austrittes aus der Zimmerer-Internationale an. Durch den Krieg wurden zwar nicht überall die Fäden abgerissen, aber der Verkehr untereinander war doch unterbunden. Nach dem Kriege wurden die Verbindungen wieder aufgenommen, aber mittlerweile hatten sich in den ausserdeutschen Ländern die Zimmererverbände mit den Bau- oder Holzarbeiterverbänden zusammengeschlossen und waren damit zu deren internationalen Vereinigungen übergetreten. Nur in Deutschland und Dänemark bestanden zuletzt noch zentrale Berufsorganisationen der Zimmerer, dazu einige Sondergruppen in andern Ländern. Unsere holländischen Kameraden, die den Hauptbestandteil des holländischen Bauarbeiterverbandes bilden, hielten sich jedoch noch zur Zimmerer-Internationale.

Auf der internationalen Konferenz, die im Anschluss an unsern Verbandstag im Mai 1924 in Eisenach stattfand, brachten aber auch die Holländer zum Ausdruck, dass der Zustand, ihre national vereinigten Mitglieder bei mehreren Internationalen zu organisieren, auf die Dauer unhaltbar werde. Auf der Konferenz wurde eingehend die ganze Sachlage besprochen. Der Gedanke, die national in Industrieverbänden organisierten Zimmerer international wieder beruflich in eine Zimmerer-Internationale zusammenzubringen, fand, da das Zersplittern bedeuten würde, keine Zustimmung. Es wurde vielmehr betont, dass die national beruflich organisierten Zimmerer sich sehr wohl international mit den andern baugewerblichen Verbänden vereinigen könnten. So gehören ja auch in der Tat eine Reihe von Berufsverbänden, sowohl in Deutschland als auch in andern Ländern, der Bauarbeiter-Internationale an.

Unser Verband hatte sich bisher ablehnend verhalten, weil wir unangenehme Rückwirkungen für unsere berufliche Selbständigkeit in nationaler Beziehung befürchteten. Diese Befürchtungen sind in neuerer Zeit mehr in den Hintergrund getreten, insbesondere nachdem auch die Bauarbeiter-Internationale ihre Satzungen insofern änderte, dass die Grundlage der Zusammenfassung die verschiedenen Berufe bilden, die durch einen Berufssekretär im Geschäftsführenden Ausschuss vertreten sind.

Eine Konferenz von Verbandsausschuss, Vorstand und Gauleitern, die am 31. August in Dresden stattfand, stellte fest, dass der Einfluss unseres Verbandes in der internationalen Bauarbeiterbewegung nur wachsen könne, wenn wir uns der Bauarbeiter-Internationale anschließen, um dort für die Interessen der Zimmerer zu wirken. Die Konferenz hat dann einmütig den Wunsch ausgesprochen, der Zentralvorstand möge den Anschluss an die Bauarbeiter-Internationale beschließen. Diesem Wunsche hat der Zentralvorstand in dem oben mitgeteilten Beschluss Rechnung getragen.

Ausserhalb des Zusammenschlusses bleibt nun noch die dänische Organisation, die erst auf dem nächsten Verbandstag Stellung nehmen kann. Aber mit unsern dänischen Kameraden hat immer ein besonderes, überformelle Beziehungen hinausgehendes Verhältnis bestanden, und daran wird auch unser Beitritt zur Bauarbeiter-Internationale nichts ändern. Wir hoffen, dort auch im Interesse der dänischen Kameraden wirken zu können. Wir grüssen bei unserm zu Neujahr 1925 erfolgenden Beitritt die internationale Bauarbeiterschaft und sprechen die Hoffnung aus, dass es uns vergönnt sein möge, mit ihr im Bunde dem Wohle der Zimmerer wie dem der ganzen Bauarbeiterschaft dienen zu können.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Ersatzbücher.

Mit der letzten Beitragsleistung in diesem Jahre in der Woche vom 21. bis 27. Dezember wird ein erheblicher Teil der Mitgliedsbücher vollgelebt sein. Die vollen Bücher müssen dem Zentralvorstand zum Umtausch eingekauft werden. Die Zahlstellen dürfen Ersatzbücher nicht ausstellen. Für den Umtausch der Bücher bitten wir folgendes genau beachten zu wollen:

Die Mitglieder sollen ihre vollen Mitgliedsbücher nicht selbst dem Zentralvorstand zum Umtausch einbringen, sondern sie liefern sie dem Zahlstellentassierer ein. Dieser sammelt die Bücher und schickt sie in Geschäftspapier- und Briefsendungen ein.

Die Zahlstellentassierer bitten wir dringend, nur solche Bücher zum Ersatz einzuliefern, die auch in jeder Beziehung in Ordnung sind. Es ist deshalb notwendig, vor der Abgabe jedes einzelnen Buchs nach folgenden Bestimmungen nachzuprüfen:

Ob die Personalien auf der Titelseite, insbesondere Namen, Geburtsort und -datum sowie Eintritts- und -datum richtig eingetragen und deutlich geschrieben sind. Wenn mehrere Vornamen eingetragen sind, ist der Rufname zu unterstreichen;

Ob die An- und Abmeldevermerke ordnungsgemäß eingetragen sind;

Ob für alle Jahre die vorgeschriebene Anzahl der Beitragsmarken in den Mitgliedsbüchern vorhanden ist. (Vom Jahre 1920 an für jedes Jahr 52 Beitragsmarken. Für das Jahr 1924 müssen außerdem 2 Verbandstagsmarken à 50 % geklebt sein.)

Verbandsmitglieder, die nach § 7 Absatz 2 vom Beitrag befreit wurden, erhalten keine Ersatzbücher.

Für Vauschüler endet die Beitragspflicht mit dem Tage des Eintritts in die Vauschule. Sie beginnt wieder mit dem Tage der Entlassung.

Beitragsbefreiung infolge Krankheit oder Erwerbslosigkeit gilt erst vom 1. Oktober 1923 an. Von da an müssen in solchen Fällen Freimarken geklebt sein. Die Freimarken werden für den Unterhaltungsbeitrag nicht angerechnet.

Verlorene Beitragsmarken werden den Mitgliedern nicht angerechnet oder ersetzt. Diese fehlenden Marken sind nach einem Beschluss unserer 19. Generalversammlung (Protokoll Seite 459) von den Mitgliedern selbst herbeizuschaffen oder nochmals zu kaufen.

Mitgliedsbücher, in denen Marken oder sonstige Eintragungen fehlen, werden auf alle Fälle zurückgeschickt, ohne daß ein Ersatzbuch dafür ausgestellt wird.

Wir bitten dringend, diese Bestimmungen genau beachten zu wollen, damit Zeit und Geld gespart und ein glatter Umtausch ermöglicht wird. Es empfiehlt sich, die vollen Mitgliedsbücher nur noch in „Geschäftspapier“-Sendungen zu verschicken. Dabei ist auf eine richtige Frankierung der Sendungen zu achten und darf die Bezeichnung der Sendung als „Geschäftspapier“ nicht unterlassen werden. Die Postgebühren betragen bis auf weiteres für diese Sendungen bis 250 g 10 %, über 250 bis 500 g 20 % und über 500 g bis 1 kg 30 %. Bücher- und Briefsendungen dürfen andere Mitteilungen usw. nicht beigelegt werden. Den Mitgliedern ist dringend zu empfehlen, ihre Beitragsmarken auch dann regelmäßig weiterzulaufen, wenn das Ersatzbuch noch nicht vom Zentralvorstand zurück sein sollte. Die Marken werden dann nach Empfang in das Buch geklebt.

Der Zentralvorstand.

Stangenengeschäftliches.

Die Abrechnung für das 4. Quartal muß schnellstens aufgestellt werden. Mit dem 27. dieses Monats ist das Quartal buchmäßig beendet. Die Zahlstellenvorstände haben darauf zu achten, daß Einnahmen und Ausgaben, die nach dem 27. dieses Monats zu verzeichnen sind, in dem Bereich des 1. Quartals 1925 verbucht werden.

Die Abrechnung für das 4. Quartal muß spätestens am 15. Januar bei der Hauptkasse eingelaufen sein. Noch auf das 4. Quartal bezughabende Hauptkassenbelege sowie restliche Zentralfondsbeträge sind unverzüglich einzuliefern.

Ebenso weisen wir nochmals darauf hin, daß die in der Zahlstelle nicht mehr verwendbaren, überflüssigen Beitragsmarken und unter allen Umständen auch die etwa noch vorhandenen Verbandstagsmarken umgehend an die Hauptkasse zurückzugeben sind.

Adolf Römer, Kassierer.

Unsere Lohnbewegungen.

Ausgesperrt sind die Zimmerer im Saargebiet. **Gesperrt** ist in Zeitz, Bezirk Heißen, das Kraftwerk Stinnes, in Freiburg i. B., Bezirk Böfingen, die Firma Benz, in Kronach das Geschäft von Dennewill.

Der Kampf um Arbeitszeit und Lohn im Freistaat Sachsen im Jahre 1924. Für den Freistaat Sachsen bestanden zwei Bezirksarbeitsverträge, einer für Ostsachsen, der andere für Westsachsen; für beide aber war ein Bezirkslohnamt vorgesehen. Diese Spitzenzusammenfassung hatte ihre Nachteile, weil Lohnstreitfragen des einen Bezirks damit auch zu Streitfragen des andern Bezirks wurden, wodurch recht oft schwierige Situationen entstanden. Durch Schiedsspruch vom 27. Dezember 1923 war für die Dauer von 4 Wochen der Spitzenlohn auf 57 % die Stunde festgesetzt. Der Spruch wurde von den Arbeitern abgelehnt, auf Antrag der Unternehmer jedoch am 25. Februar 1924 vom Schlichter für verbindlich erklärt. Am 21. Februar fanden sich die Parteien zur bezirkslichen

Verhandlung zusammen. Die Unternehmer forderten Lohnabbau dort, wo bereits die Höhe des Friedenslohnes erreicht war, und gleichzeitig Einführung der 48-Stunden-Woche, also auch dort, wo die Arbeitszeit bisher kürzer war. Dieses Ansinnen lehnten die Arbeitervertreter ab. Was auf dem Wege der Verhandlung nicht zu erreichen war, hofften die Unternehmer nun auf den einzelnen Bauten und Plätzen durchsetzen zu können, indem sie von dem einzelnen die Zustimmung zur längeren Arbeitszeit forderten. Sie wurde auf der ganzen Linie verweigert. Die Unternehmer griffen nun zur Gewalt. Am 1. respektive am 4. April erfolgte die Aussperrung. In Ostsachsen wurde ausgesperrt in Dresden, Rittau, Niesitz, Freiberg, Neugersdorf und Löbau, in Westsachsen in Leipzig, Meissen, Schwarzenberg, Zwickau, Zwickau, Plauen und Chemnitz. Der Kampf um die Arbeitszeit hatte begonnen. Die Aussperrung ist den Unternehmern nicht gelungen, auch in den ausgesperrten Orten haben einige Unternehmer ihrer Leitung die Gefolgschaft versagt. So wurde bereits am 9. April in Zwickau durch örtliche Verhandlung die wöchentliche Arbeitszeit auf 46 Stunden festgelegt. Auf Veranlassung der Unternehmer besetzte sich der Schlichtungsausschuss in Dresden am 15. April mit dem Kampfe im Baugewerbe. Obwohl Arbeitervertreter aus Westsachsen nicht anwesend waren, entschied er für den ganzen Freistaat dahin, daß bis zum 30. April 1924 die bisherige Arbeitszeit bestehen bleibe. Vom 1. Mai 1924 an solle die wöchentliche Arbeitszeit in den Großstädten 47 Stunden, in allen andern Orten 48 Stunden betragen. Der Stundenlohn solle 68, 59 und 48 %, je nach der Lohnklasse, betragen, vom 2. Mai an sei der Stundenlohn in allen Lohnklassen um 2 % zu erhöhen. Die Kampfmaßnahmen seien einzustellen. Dieser Schiedsspruch, der von unsern Kameraden in Ostsachsen angenommen, in Westsachsen abgelehnt wurde, unterschied sich von andern Schiedssprüchen dadurch, daß er die Arbeitszeit nicht über 48 Stunden, sondern sogar darunter festsetzte. Den Unternehmern im Baugewerbe, nicht nur den in Sachsen, war damit ein starker Dämpfer in ihrem Bestreben nach längerer Arbeitszeit aufgekehrt worden. In Westsachsen ging der Kampf weiter. Am 7. Mai kam es in Leipzig zu einer örtlichen Verständigung zunächst über einen Stundenlohn von 77 %. Die Arbeitszeitfrage blieb ungeklärt. Inzwischen war das Lohnabkommen abgelaufen. Mehrere Verhandlungen führten zu keiner Verständigung, zumal die Unternehmer auf eine Erweiterung der Lohnklassen bestanden. Ein Lohnangebot zogen sie zurück, weil die restlose Durchführung der 47- respektive 48-Stunden-Woche nicht erfolgt war. Unsere Kameraden nahmen nun Veranlassung, durch örtliche Verhandlungen den Lohn festzusetzen. Das führte zu recht umfangreichen Lohnkämpfen. In 19 Zahlstellen kamen 2639 Kameraden in den Kampf, sie streikten zusammen 37 641 Tage. Am 4. Juli fiel der Landeslichter einen Spruch, der besagte, daß 5 Lohnklassen einzuführen seien, daß der Stundenlohn 56, 61, 65 und 75 % zu betragen habe und daß Leipzig und Chemnitz 5 % die Stunde mehr erhalten sollten. Dieser Spruch wurde von unsern Kameraden sowohl in Ost- wie in Westsachsen abgelehnt. Eine Reihe örtlicher Verhandlungen über solche kleinerer Bezirke setzte ein. So wurde vereinbart, daß Dresden den gleichen Lohn wie Leipzig erhält, und für Leipzig wurde die 46½-Stunden-Woche festgelegt. Die noch für Westsachsen verbleibenden Differenzen wurden am 2. August durch einen Zwangsschiedsspruch erledigt, der im wesentlichen auf den Schiedsspruch vom 4. Juli sich stützte, für Leipzig wurde besonders festgelegt, daß die Arbeitszeit 46½ Stunden betrage. Bis zum 1. Oktober sollten Vereinbarung und Spruch Geltung haben. Für Ostsachsen waren bereits am 27. Juli die verbliebenen Differenzen auf gleichem Wege wie in Westsachsen erledigt. Am 13. Oktober wurde durch ein freies Schiedsgericht der Lohn für alle Lohnklassen um 5 % die Stunde erhöht. Dabei wurde festgelegt, daß die Arbeitszeit in den Großstädten 47 Stunden, in den andern Orten 48 Stunden beträgt, für Leipzig bleibt es bei den 46½ Stunden. Zuschläge, Auslösungen, Kilometergelder regeln sich nach den Bestimmungen des abgelaufenen Reichstarifvertrages. Die alten Schlichtungsinstanzen wurden wieder in Kraft gesetzt. § 5 Absatz 5 des alten Reichstarifvertrages bleibt in Kraft. Die Löhne der Lehrlinge wurden festgesetzt für das 1. Lehrjahr auf 15 %, für die folgenden Halbjahre auf 20, 25, 30 und 40 % des Gesellenlohnes, der Prozentsatz erhöht sich um 10 %, wenn die Lehrzeit nach dem 16. Lebensjahre beginnt. Bis zum 31. Januar 1925 haben diese Bedingungen Geltung.

Berichte aus den Zahlstellen.

Niesitz. Unsere Versammlung am 27. November war von 36 Kameraden besucht. Kamerad Ermer besprach die Zustände in unserer Zahlstelle. Er wies besonders auf den Artikel des Kameraden Witt im „Zimmerer“ Nr. 46. Vieles von dem darin Ausgeführten kommt auch für unsere Zahlstelle in Frage. Auch bei uns sei das Versammlungsleben sowie die ganze gewerkschaftliche Tätigkeit ins Stocken geraten. Schon der mangelhafte Versammlungsbesuch sei dafür Beweis genug. In der Oktoberversammlung seien 30 Kameraden anwesend gewesen, während die beiden vorausgegangenen Versammlungen überhaupt nicht abgehalten werden konnten. Die Mehrzahl unserer Kameraden sei anscheinend infolge der bezirkslichen Lohnregelung eingeschlafen; sie glaube, ihre Pflicht erfüllt zu haben, wenn sie wöchentlich ihre Beiträge entrichte. Die Verhandlungsarbeit überließen sie gern ein paar Kameraden. Kamerad Ermer betonte, daß dieser Schlendrian in unserer Zahlstelle sich später einmal schwer rächen könnte, deshalb sei Umkehr dringend geboten. Auch mit der Beitragskassierung könne es so nicht weitergehen. Heute würden fast zwei Drittel der Mitglieder durch Bauarbeiter mit kassiert. Wir müßten dazu kommen, daß wir unsere Beiträge wieder selber kassierten. Im neuen Jahre müßten alle Kameraden tatkräftig Hand anlegen, damit unsere Zahlstelle wieder ihre alte Höhe von vor dem Kriege erreiche. Die Mitgliederzahl habe ebenfalls abgenommen. 40 Kameraden müßten gestrichen werden, da sie nicht mehr zu kontrollieren waren. Die meisten davon seien allerdings nicht dem Gesamtverbande verlustig gegangen, sondern abgereist, ohne

sich ordnungsgemäß abzumelden. Auch hier sei mehr Ordnung nötig. Andere Zahlstellen dürften aber auch nicht Anmeldungen von zugereisten Kameraden entgegennehmen, ohne daß die Abmeldung in dem Mitgliedsbuch bemerkt sei. Wenn alle Kameraden in diesem Jahre an dem Ausbau und der Erstarbung unserer Zahlstelle arbeiteten, dann würden auch die Interessen unserer Mitglieder mit ihren Familien noch wirksamer als bisher vertreten werden können. Darum auf zu neuem Schaffen und Handeln! Einigkeit macht stark!

Baugewerbliches.

Neubau und Gerüstentürze. Ueber ein schweres Baunglück in Neumünster berichtet die Tagespresse. Ein vom Allgemeinen Deutschen Bau- und Sparverein aufgeführter Neubau, ist, als er gerichtet wurde, zum Teil eingestürzt. Ein Zimmerer und ein Maurer sind tot. Außerdem sind zwei Maurer, ein Zimmerer und ein Zimmerlehrling verletzt. Die Ursache des Einsturzes ist noch ungeklärt.

Wohnungszwangswirtschaft und Facharbeitermangel. Gegen die in unserer Nummer 50 erwähnte amtliche Notiz von dem „starken Aufschwung der Bautätigkeit in Preußen“ nimmt auch die „Baugewerkszeitung“ Nr. 45, natürlich in ihrer Art, Stellung. Sie sieht in der Notiz eine „Reklame für die Hauszinssteuer“ und widerspricht der Behauptung, daß durch diese eine Belebung der Bautätigkeit eingetreten sei; in Wirklichkeit habe die Hauszinssteuer nur sehr geringen Einfluß auf das Baugewerbe gehabt. Von einer wirklichen Aufhebung des Bau- und Wohnungsmarktes seien wir noch sehr weit entfernt. Die mit Mitteln der Hauszinssteuer aufgeführten Bauten entfielen zu drei Vierteln auf „gemeinnützige“ Baugenossenschaften und große Firmen. Das kleinere und mittlere Baugewerbe sei seit Monaten ohne jede Bauausführungsaufträge. Von 15 000 organisierten, selbständig arbeitenden Mitgliedern der deutschen Bauinnungen, die vor dem Kriege ein sehr umfangreiches Baugeschäft mit reichlichen Aufträgen betrieben, hätten heute noch keine 500 reichlich oder gar übermäßig zu tun. Die amtliche Presse streue der Bevölkerung Sand in die Augen. Das Herausstreichen der bisherigen staatlichen Wohnungspolitik und das Inaussichtstellen der völligen Aufhebung der Zwangswirtschaft bedeute nichts weiter als Wahlmache. Der Bevölkerung solle die Güte der sozialistischen Methoden immer wieder vorgespiegelt werden. An der bisherigen Wohnungspolitik sozialistische Methoden entdecken zu haben, ist allerdings das Geheimnis der „Baugewerkszeitung“. Damit ist auch ihr Urteil über diese Wohnungspolitik gesprochen; mit ihr muß endgültig gebrochen, die Wohnungszwangswirtschaft muß aufgehoben und die freie Wirtschaft eingeführt werden. Gehe die Wirtschaft wie bisher weiter, dann sei zu befürchten, daß bei günstiger Parlamentsgelegenheit eines Tages die Wohnungszwangswirtschaft gefehlich veranlaßt werde und der Staat allein über das gesamte Wohnungswesen verfüge. Ist erst diese Absicht gelungen, dann sind wir im Amtang des Zukunftsstaates, in dem unsere Nachkommen leben sollen. Ein Leben allerdings, das nur ein Vegetieren genannt werden kann.“ Um diese Gefahren abzuwenden, müsse baldigst, und zwar gemeinsam vom Baugewerbe, von den Baustofffabrikanten und Baustoffhändlern, der Kampf aufgenommen werden.

Bei der bekannnten Stellung des Unternehmertums zur Wohnungszwangswirtschaft braucht man sich über den Inhalt des vorstehend angezogenen Artikels nicht weiter zu wundern. Wir können darüber hinweggehen. Von einigem Interesse ist jedoch die Behauptung, daß eine so geringe Anzahl von Baufirmen beschäftigt, während die weitaus meisten Baugeschäfte ohne Arbeit sein sollen. Ist dem so, dann kann unmöglich ein Facharbeitermangel vorhanden sein; denn niemand wird behaupten wollen, daß in 500 Betrieben die vor dem Kriege in 15 000 Betrieben beschäftigten Personen untergebracht sein können. Die 14 500 nicht oder nur teilweise beschäftigten Unternehmer könnten aber sehr gut dem Facharbeitermangel abhelfen. Denn auch die „Baugewerkszeitung“ spricht von einem Facharbeitermangel, für den sie folgende Erklärung hat: „Seit 1914 bis ungefähr jetzt fiel es keinem Jungen ein, irgendein Handwerk in längerer Lehrzeit zu erlernen. Die Schulklassen gingen und gehen heute noch lieber in Fabriken und dergleichen, wo sie als jugendliche Arbeiter einen hohen Arbeitslohn erhalten, der ihnen das Erlernen eines Handwerks als unnötig erscheinen läßt. Die seit dem berühmten November 1918 eingeführte Gleichmacherei, die den Jungen höchste Löhne für sehr wenig Leistung garantierte, ist der Hauptgrund, daß in allen Fächern Mangel an gelerntem Facharbeitern eintreten wird, wenn die einzelnen Wirtschaftspartien erst einmal eine reichlichere Beschäftigung zeigen. Hinzu kommt noch das eingeführte Schlichtungswesen, das den Lehrlingen einen Tarif anhängen will, obwohl die Lehrlinge selbst solchen gar nicht wünschen. Natürlich wird dieser Tarif nur von gewerkschaftlich eingestellten, berufsmäßigen Aufsehern gewünscht — und an Regierungsstellen denkt man heutzutage ja leider nur im Sinne gewerkschaftlicher Führer. Will die Regierung über diese Materie etwas hören, so frage sie bei den so viel gepriesenen und geschuriegelten Handwerksmeistern an, denen zugemutet wird, Lehrlinge auf ihre Kosten ausbilden zu lassen. Für die Handwerksmeister liegt heute wirklich kein Grund vor, mindestens aber keine Ermunterung, Lehrlinge zu halten, obwohl das Wohl des Handwerks solche unbedingt benötigt. Der Nachwuchs fehlt, weil der Anreiz für Erlernung eines Handwerks durch die sozialistische Lohn- und Arbeitspolitik fehlt.“

Worin liegen demnach die Ursachen des Facharbeitermangels? In dem Verhalten der Unternehmer, die die Einstellung von Lehrlingen seit Jahren sabotiert haben, weil die neuere Zeit auch der Lehrlingen Rechte einräumt, weil die Gewerkschaften darauf sehen, daß diese Rechte auch respektiert werden und sich dafür einsetzen, daß auch das Lehrlingswesen der tariflichen Regelung unterstellt wird. In dieser Hinsicht sind leider nur erst ganz bescheidene Ansätze geschaffen, die noch sehr der Pflege und Weiterbildung bedürfen. Aber das Unternehmertum setzt sich dagegen, wie obige Auslassungen drapistisch beweisen, mit Entschiedenheit zur Wehr; es will nicht, daß die von den Gewerkschaften in bezug auf das Lehrlings-

wesen gestellten Forderungen zur Durchführung gelangen. Es verweigert aber auch den Lehrlingen einen angemessenen Lohn und trägt auch dadurch dazu bei, daß die Zahl der Lehrlinge nicht in dem gewünschten Maße wächst. Wer aber so handelt, hat kein Recht, über Facharbeitermangel zu klagen, weil er selbst ihn herbeiführen helfen. Bei dieser Gelegenheit möchten wir, abgesehen von der hier und dort vielleicht zu geringen Lehrlingszahl — man darf auch hier nicht verallgemeinern; denn es gibt auch heute noch Geschäfte mit 40 und mehr Lehrlingen, ebenfalls kein gesunder Zustand — erneut einen Facharbeitermangel zur Zeit und auch in der nächsten Zukunft entschieden in Abrede stellen. Wir können uns der Vermutung nicht erwehren, als steckten hinter den Bestrebungen auf beschleunigte Beschaffung von Facharbeitern, eventuell gar durch Umlerner, ein Verahren, das bereits einmal angewendet worden ist und nicht gerade zur Nachahmung anreizt, nicht ganz einwandfreie Absichten, über die wir uns aber noch nicht auslassen möchten, die aber den Bestrebungen der baugewerblichen Arbeiter keineswegs förderlich sind. Jedenfalls ist strengste Wachsamkeit am Platze.

Mangel an Nachwuchs im Zimmerergewerbe? Der Gau Leipzig unseres Verbandes ist in Deutschland als der Bezirk bekannt, in dem die Heranbildung von Lehrlingen im Zimmerergewerbe im großen betrieben wird. Arbeitsstellen mit mehr Lehrlingen als Gesellen sind keine Seltenheit. Es gibt auch Arbeitsstellen mit Lehrlingen ohne Gesellen. Jetzt soll die Heranbildung von Nachwuchs noch eine Steigerung erfahren. Das sächsische Wirtschaftsministerium bringt in einer Mitteilung an die Gewerbestämmern und den Landesauschuß des Handwerks folgendes zum Ausdruck: „Seit längerer Zeit herrscht im gesamten Baugewerbe Mangel an Nachwuchs, der bei künftigen Wiederaufleben des Baugewerbes einen empfindlichen Mangel an Facharbeitern zur Folge haben und die Durchführung der großen, dem Baugewerbe künftig obliegenden Aufgaben verzögern kann. Die Gewerbestämmern werden daher in Verbindung mit den öffentlichen Berufsberatungsstellen ihr besonderes Augenmerk auf die Förderung des Lehrlingswesens im Baugewerbe zu richten haben.“

Es ist bestimmt damit zu rechnen, daß die Innungen diese Mitteilung mit Nutzen werden bei der Anwerbung von Lehrlingen. Da taucht nun die Frage auf, ob wir auch fernerhin ruhig zusehen sollen, daß die bereits vorhandene Ueberfüllung unseres Berufs eine weitere Steigerung erfährt. Jedenfalls haben wir die Pflicht, einmal der Öffentlichkeit mitzuteilen, wie die Dinge in Wirklichkeit liegen. Einen Einblick in die Verhältnisse unseres Bezirks gibt uns unsere Verbandsstatistik. Im Gau Leipzig wurden arbeitslose Mitglieder ermittelt (Stichtag war der letzte Sonnabend im Monat):

1923 November	5710	1924 Juni	476
Dezember	6841	Juli	738
1924 Januar	6892	August	762
Februar	5418	September	629
März	4080	Oktober	437
April	1484	November	641
Mai	262		

Aus diesen Angaben geht unzweifelhaft hervor, daß bisher von einem Mangel an Zimmerern nicht die Rede sein kann, und daß ein solcher auch für die nächste Zukunft nicht zu befürchten ist, selbst dann nicht, wenn die so oft angeklagte Wiederbelebung des Baugewerbes eintritt. Wir leiden unserer Ansicht nach bereits an einer Ueberfüllung. Sie wird in der Folgezeit noch viel mehr in Erscheinung treten, indem die Heranbildung des Nachwuchses geradezu planlos erfolgt ist. Die Höchstzahl der ermittelten Lehrlinge, die unsern Verband als Mitglieder angehören, betrug bei einem Gesamtmitgliederbestand von 14 587 im Jahre 1923 2088, so daß einschließlich der unorganisierten mit rund 3000 Lehrlingen zu rechnen ist, das sind reichlich 20 % Lehrlinge. Dieses Verhältnis ist kein gesundes, es muß über kurz oder lang zu Zuständen führen, wie wir sie in der Vorkriegszeit im Bäcker- und Friseurgewerbe kennen gelernt haben. Um dem vorzubeugen, wäre es angebracht, daß die Zahlstellen unseres Verbandes in geeigneter Form die Öffentlichkeit darauf hinweisen, daß der Zimmererberuf bei weitem nicht das Eldorado bietet, wie man hier und da anzunehmen scheint, und weiter wäre darauf aufmerksam zu machen, daß alle, die das Zimmerhandwerk erlernen, von vornherein damit rechnen müssen (auch die Lehrlinge), daß außer den Stunden und Tagen, die auf Grund der Verhältnisse in Wegfall kommen, ein Verlust an Verdienst erwächst durch mehr oder weniger größere Arbeitslosigkeit. Notwendig wäre es auch, daß den Eltern und Erziehern dringend nahegelegt wird, nur solche jungen Leute das Zimmerhandwerk erlernen zu lassen, die körperlich gut entwickelt sind. Körperlich schwach Entwickelte sind den Anforderungen nicht gewachsen, besonders dann nicht, wenn sie noch einem Lehrmeister in die Hände fallen, dem es um alles andere zu tun ist, nur nicht um die Ausbildung des jungen Mannes zu einem tüchtigen Handwerker.

G. Laue, Leipzig.

Literarisches.

„Die Gemeinde.“ Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. Das zweite Dezemberheft ist erschienen. Diese für alle sozialistischen Arbeitervertreter in den Gemeinden unentbehrliche Schrift kostet monatlich 1,20 M., sie ist durch alle Postanstalten und Buchhandlungen oder direkt durch den Verlag F. H. W. Diez Nachf., Berlin SW 68, zu beziehen.

„Welttrundschau.“ Unter diesem Titel erscheint monatlich einmal ein neues, freigewerkschaftliches Arbeitnehmerorgan, das die Ereignisse des Monats auf weltpolitischem, weltwirtschaftlichem und sozialem Gebiet, insbesondere auch die Lage der deutschen Wirtschaft und Sozialpolitik in knappen Uebersichten schildert. Das Blatt, dessen Herausgeber Dr. A. Galati, der Schriftleiter der „Weltwirtschaftlichen Korrespondenz“ ist, bietet eine sehr nützliche Orientierung und kann warm empfohlen werden. Der Bezugspreis der „Welttrundschau“ beträgt 50 ¢ pro Monat. Bestellungen sind zu richten an die Adresse: „Welttrundschau“, Heidelbergl.

Internationales Arbeitsrecht. Eine Einführung von Clemens Nörpel. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin S 14, Inselstraße 6). 48 Seiten. Preis 1 M. Die Schrift soll die Arbeiter und die Angestellten mit dem internationalen Arbeitsrecht, seinen Zwecken und Zielen vertraut machen. Da die Gewerkschaftsmitglieder zur Durchführung ihrer Aufgaben und zur Erkenntnis aller Zusammenhänge unbedingt einen Gesamtüberblick haben müssen, ist die Anschaffung dieser Broschüre sehr zu empfehlen, zumal deren Studium nicht sehr zeitraubend ist.

Verlammlungsanzeiger.

(Zahlstellen, die ihre regelmäßigen Versammlungen für 1925 im „Verlammlungsanzeiger“ bekanntzugeben wünschen, werden um baldige Mitteilung gebeten. Anzugeben ist, an welchem Tage, um wieviel Uhr und in welchem Lokale die Versammlungen stattfinden.)

Montag, den 29. Dezember:

Anklam: Abends 7½ Uhr im „Schützenhaus“.

Mittwoch, den 31. Dezember:

Guben: Abends 6 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Freitag, den 2. Januar:

Sterfod i. W.: Nachmittags 5½ Uhr im Lokal von W. Hillert, Brüderstraße. — Wiesdorf: Abends 7 Uhr beim Gauwart Dittm in Kurze-Rattenstraße. — Wittenberge: Abends 8 Uhr beim Gauwart Bäcker, „Zentralhalle“.

Sonntag, den 3. Januar:

Braunschweig: Abends 7½ Uhr in Stadt-Hamstedt. — Giesekirchen: Abends 7 Uhr bei Witten, Gae Vereins- und Kampfstraße. — Halberstadt: Abends 7½ Uhr bei Heim. Braun, Kornstraße. — Müllers i. W.: Abends 8 Uhr im Lokal von Lu. u. W. Br. Mann, Krummer Timmen 86/7. — Neudorf: im Gewerkschaftslokal „Apollon“, Eingang Neue Straße 1.

Sonntag, den 4. Januar:

Cüstrin: Nachmittags 3 Uhr bei Sten el, Plantagenstraße 58. — Giesekirchen, Bezirk Westerpolt: Nachmittags 10 Uhr bei Eppmann, Marienstraße. — Lamspringe: Bei Uchemann. — Solingen.

Anzeigen.

St. rcbetatel.

Angerburg. Am 21. November starb unser Kamerad und früheres Vorstandsmitglied **Otto Kurriek** im 39. Lebensjahre an Kehlkopfentzündung.

Berlin. Am 1. Dezember starb unser Kamerad **Bernhard Kortmann** im Alter von 74 Jahren an Altersschwäche.

Dresden. Am 1. Dezember starb infolge Unfalles an Gasvergiftung der Kamerad **Alfred Schober** in Ober-Rößchenbroda im Alter von 20 Jahren, und am 10. Dezember, 52 Jahre alt, der Kamerad **Paul Claus** in Bühlau an Lebererkrankung.

Frankfurt a. M. Am 11. Dezember starb unser Kamerad **Joh. Gregor Fischer** aus Eppstein i. T. im Alter von 43 Jahren durch Berufsunfall.

Göppingen. Am 7. Dezember starb nach schwerer Krankheit unser Kamerad **Albert Bontenmüller** im Alter von 47 Jahren an Magenleiden.

Köln a. Rh. Am 15. Dezember starb unser Kamerad **Karl Schmidt** im Alter von 33 Jahren an Nerven-schwäche.

Gehretrem Andenten!

Zahlstelle Kulmbach i. B. Generalversammlung

am Sonntag, 11. Januar, nachmittags 2 Uhr, [1,80 M.] im Lokale von Heisinger, Grabenstraße. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und Kassierers. 2. Neuwahlen. 3. Kartellbericht. 4. Verschiedenes. Erscheinen aller Kameraden ist Pflicht. Der Vorstand.

Zahlstelle Mannheim-Ludwigshafen und Umgebung.

Zahlstellenversammlung am Sonntag, 25. Januar 1925, morgens 9½ Uhr, im Lokale bei Peter Stenger. „Zum goldenen Hapen“.

Tagesordnung: 1. Geschäftliches, 2. Kassenbericht und Bericht der Revisoren, 3. Tätigkeitsbericht der Verwaltung, 4. Lohn und Tarifbewegung, 5. Regulativberatung, 6. Anträge zur Agitation, 7. Verschiedenes. Die Delegierten zu dieser Versammlung müssen mit Ausweis und ordnungsmäßigem Verbandsbuch versehen sein und pünktlich erscheinen. [3 M.] Die Verwaltung.

Zahlstelle Regensburg. Generalversammlung

am Dienstag, 6. Januar, nachmittags 2 Uhr, im „Gasthaus zum Posthorn“. Alle Kameraden müssen erscheinen. [1,40 M.] Der Vorstand.

Gustav Hansen und Hans Loch, fremde Zimmerer, senden Eure Adresse an **Johann Paustian**, fremder Zimmerer, in Mannheim, Langstr. 14, „Zum Komet“. [1,20 M.]